Fazitbericht | 29. FSS Security Talk

«Posture – la volonté ne suffit plus »

Begrüssung
Divisionär (lib) Claude Meier, Präsident der Revue Militaire Suisse (RMS) und des Centre d'Histoire et de Prospective Militaire (CHPM)

Divisionär (lib) Claude Meier begrüsste die Teilnehmenden zum 29. FSS Security Talk – dem ersten Anlass des FORUM SICHERHEIT SCHWEIZ in der Romandie. Einleitend stellte er drei zentrale Aspekte zum Thema der sicherheitspolitischen «Posture» heraus.

Erstens habe sich die geostrategische und sicherheitspolitische Lage grundlegend verändert, ohne dass diese Erkenntnis bereits in der gesamten Gesellschaft angekommen sei. Der Krieg auf dem europäischen Kontinent, hybride Bedrohungen, Desinformation, Cyberangriffe und zunehmende geopolitische Spannungen stellten auch die Schweiz vor neue Herausforderungen.

Zweitens sei es illusorisch zu glauben, Sicherheit und Stabilität seien langfristig garantiert. Sicherheit müsse aktiv erarbeitet werden. Ein umfassender Schutz sei in einer vernetzten und dadurch verletzlichen Welt nicht mehr möglich.

Entscheidend sei deshalb drittens die Fähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, Krisen zu bewältigen, handlungsfähig zu bleiben und langfristig durchzuhalten. Dies erfordere nicht nur robuste und resiliente Strukturen und Infrastrukturen, sondern auch einen gesellschaftlichen Mentalitätswandel: «Il faut passer d'une culture où tout est considéré comme acquis à une culture de responsabilité individuelle et de capacité de défense.»

Inputreferat
Dr. Alexandre Vautravers, Wissenschaftlicher Direktor des Centre d'Histoire et de Prospective Militaires (CHPM)

Dr. Alexandre Vautravers eröffnete sein Inputreferat mit einer Analogie zwischen Gesundheit und Sicherheit. Solange es einem gut gehe, würden entsprechende Fragen als zweitrangig betrachtet und Entscheidungen auf später verschoben. Trete jedoch ein Ereignis ein, änderten sich die Prioritäten schlagartig und vermeintliche Details würden plötzlich entscheidend. Sicherheit sei ebenso wenig wie Gesundheit eine Selbstverständlichkeit: «La sécurité n'est jamais acquise.» Die Vorstellung eines dauerhaft garantierten Friedens sei eine Illusion.

Weltweit gebe es gemäss dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) über 120 bewaffnete Konflikte. Deren direkte und indirekte Auswirkungen beträfen letztlich die gesamte Weltbevölkerung. Vautravers verwies dabei auf einen grundlegenden Unterschied in der Wahrnehmung von Krieg und Frieden: Während eine Generation in der Schweiz herangewachsen sei, für die Krieg etwas weitgehend Abstraktes darstelle, gebe es andernorts Generationen, die nichts anderes als Krieg erlebt hätten und sich ihrerseits kaum vorstellen könnten, was Frieden bedeute.

Im Krieg in der Ukraine stehe letztlich die Glaubwürdigkeit der regelbasierten internationalen Ordnung auf dem Spiel. Die Ukraine habe nach dem Zerfall der Sowjetunion im Gegenzug für Sicherheitsgarantien auf ihre Nuklearwaffen verzichtet. Der Vertrauensverlust in solche Garantien könne gravierende strategische Folgen haben. Vautravers rechne damit, dass in den kommenden fünf bis zwanzig Jahren zahlreiche weitere Staaten Nuklearwaffen entwickeln könnten, um sich vor militärischen Angriffen zu schützen.

Die Friedensdividende der 1990er- und 2000er-Jahre habe in Europa zur Entstehung sogenannter «armées bonsaï» geführt. Vautravers illustrierte dies anhand des Bildes eines Bonsais: «À la fin, vous avez la même forme que l'arbre. Mais vous n'avez pas l'ombre et vous n'avez certainement pas les fruits.» Die Streitkräfte verfügten nominell über eine Vielzahl militärischer Fähigkeiten, im Ernstfall fehle es ihnen jedoch an Masse, Kapazität und Durchhaltevermögen. Am Beispiel Schwedens verdeutlichte Vautravers die Diskrepanz zwischen der Geschwindigkeit des Abbaus militärischer Fähigkeiten und jener ihres Wiederaufbaus. Während Schweden seine Armee innerhalb von drei Jahren von 82 auf sieben mobilisierbare Bataillone reduziert habe, dauere der Aufbau einer einzigen zusätzlichen Brigade heute rund zehn Jahre. Es fehle unter anderem an Ausbildern, Ausbildungsplätzen und Simulatoren.

Mit Sorge betrachtete Vautravers auch die auseinanderklaffenden Verteidigungsausgaben der Schweiz und ihrer europäischen Partner. Während die NATO-Staaten bis 2035 fünf Prozent ihres Bruttoinlandprodukts (BIP) für Verteidigung und sicherheitsrelevante Ausgaben aufwenden wollten, strebe die Schweiz bis 2032 lediglich ein Prozent an. Diese Diskrepanz werfe auch Fragen hinsichtlich der zukünftigen Kooperationsfähigkeit auf. Vautravers zog Parallelen zur Situation der Schweiz in den 1930er-Jahren: Trotz der Mobilisierung erheblicher finanzieller Mittel hätten dringend benötigte Panzer und Flugzeuge aufgrund der geopolitischen Entwicklungen nicht mehr rechtzeitig beschafft und einsatzbereit gemacht werden können.

Was bedeute vor diesem Hintergrund eine glaubwürdige sicherheitspolitische «Posture»? Die klare Abgrenzung zwischen Krieg und Frieden existiere nicht mehr: «Il n'y a plus de situation de guerre. Il n'y a plus de situation de paix. Il n'y a plus de frontière entre l'un et l'autre.» Vielmehr bewege man sich in einem Kontinuum, in dem Wettbewerb in Rivalität, Rivalität in Konfrontation und Konfrontation schliesslich in Krieg übergehen könne – ohne formelle Kriegserklärung. Vautravers erinnerte in diesem Zusammenhang an Clausewitz, wonach Krieg die Fortsetzung der Politik, der Rivalität und des Machtkampfs mit anderen Mitteln sei.

Vor diesem Hintergrund sei auch die hybride Kriegsführung zu verstehen. Vautravers erläuterte deren unterschiedliche konzeptionelle Ursprünge in den USA und in Russland. Insbesondere die russische Konzeption beruhe auf der Überlegung, der militärischen Überlegenheit des Westens durch den gezielten Einsatz nichtmilitärischer Mittel entgegenzuwirken. Hybride Kriegsführung ziele entsprechend darauf ab, politische und militärische Ziele mit einem breiten Spektrum an Instrumenten zu erreichen.

Dass der hybride Krieg längst Realität sei, lasse sich anhand der systematischen Erfassung entsprechender Vorfälle in Europa mittlerweile auch statistisch belegen. Während in manchen Ländern Einkaufszentren ins Visier genommen würden, seien es andernorts Verkehrs- oder Energieinfrastrukturen sowie Rüstungs- und Munitionsfabriken. Die unterschiedlichen Ziele deuteten darauf hin, dass die spezifischen Stärken und Schwächen einzelner Länder gezielt analysiert und ausgenutzt würden, um eine bestimmte Wirkung zu erzielen.

Abschliessend skizzierte Vautravers drei mögliche Entwicklungsszenarien des Kriegs in der Ukraine: erstens ein Einfrieren des Konflikts, das Europa noch über Jahrzehnte beschäftigen könnte; zweitens eine Intensivierung der militärischen Auseinandersetzung, die er angesichts der begrenzten Aussicht auf eine entscheidende Wirkung durch den Einsatz zusätzlicher Raketen und Drohnen als das unwahrscheinlichste Szenario einschätzte; und drittens eine geografische Ausweitung des Konflikts über die Ukraine hinaus. Dabei unterschied er ausdrücklich zwischen Intensivierung und Ausweitung: «Je n'ai pas dit l'intensification du conflit, mais l'extension du conflit.» Was dies bedeuten würde, überlasse er dem Vorstellungsvermögen der Zuhörenden.

Kurzstellungnahme
Divisionär Raynald Droz, Kommandant der Territorialdivision 1 (Ter Div 1), Schweizer Armee

Divisionär Raynald Droz zeichnete zu Beginn das Bild eines Soldaten bei Dienstantritt. Dessen Verhalten gebe bereits Antwort auf eine grundlegende Frage: «Peut-on compter sur lui?» Diese Frage stelle sich ebenso bei einer Formation, einem Stab oder der gesamten Armee und stehe im Zentrum der militärischen «Posture»: «C'est la cohérence entre ce que nous affirmons, ce que nous préparons et ce que nous sommes réellement capables d'accomplir.» Der Wille, das eigene Land zu verteidigen, die Bevölkerung zu schützen und die Freiheit zu bewahren, bleibe unverzichtbar, reiche allein aber nicht aus. Erst die Umsetzung dieses Willens in tatsächliche und dauerhaft verfügbare Handlungsfähigkeit verleihe der «Posture» ihre Glaubwürdigkeit.

Noch habe man das Glück, trainieren zu können. Damit gehe jedoch eine erhebliche Verantwortung einher: Die verfügbare Zeit müsse genutzt werden, um Fähigkeiten zu erproben und bestehende Defizite zu beheben. Glaubwürdig werde die Vorbereitung erst dann, wenn man bereit sei, die eigenen Fähigkeiten an der Schwierigkeit des Auftrags zu messen. Dies erfordere Mut seitens der Führungskräfte – den Mut, Anforderungen zu stellen, Mängel einzugestehen und deren Behebung einzufordern.

Verlässlichkeit beginne bereits bei einfachen Handlungen und der täglichen Disziplin. Diese müsse jedoch mit Eigeninitiative einhergehen: «Une armée fiable est donc une armée dans laquelle chacun sait ce qu'il doit accomplir, pourquoi il doit l'accomplir et quelle responsabilité lui revient.» Diese Verlässlichkeit erzeuge zwei entscheidende Wirkungen: Vertrauen und Abschreckung. Während sich die Bevölkerung auf ihre Armee verlassen können müsse, müsse ein potenzieller Gegner deren tatsächliche Fähigkeiten und Entschlossenheit in seine Kalkulation einbeziehen.

Die Glaubwürdigkeit der militärischen «Posture» hänge zugleich wesentlich von den zivilen Partnern ab. Entscheidend seien deshalb die Schnittstellen zwischen Armee, Behörden und Wirtschaft. Zuständigkeiten, Leistungen und Prioritäten müssten bereits vor einer Krise gemeinsam geklärt und eingeübt werden. Nationale Resilienz entstehe dort, wo jeder seine Verantwortung kenne und bereit sei, diese auch unter erschwerten Bedingungen wahrzunehmen.

Eine glaubwürdige militärische wie auch sicherheitspolitische «Posture» beruhe letztlich auf drei Verpflichtungen: bereit sein, verlässlich sein und durchhalten können. Droz schloss mit einem Appell an die Eigenverantwortung jedes Einzelnen: «Je connais mes responsabilités, je m'y prépare et on peut compter sur moi.»

Kurzstellungnahme
Christoph Gerber, General Manager, ELCASecurity & Präsident der Groupe romand pour le matériel de Défense et de Sécurité (GRPM)

Christoph Gerber eröffnete seine Stellungnahme mit dem Bild zweier Schweizer Zollbeamter aus einem früheren Werbespot, die sich wunderten, dass bei ihnen nie etwas passiere, während hinter ihrem Rücken Waren über die Grenze geschmuggelt würden. Die heutige Situation erinnere ihn daran: Das Bewusstsein für die aktuellen Bedrohungen sei in der breiten Bevölkerung noch zu wenig ausgeprägt.

Aus Sicht der Cybersicherheit sei der hybride Krieg längst Realität: «Ce n'est plus une menace probable. C'est ce qu'on vit au quotidien.» Eine klare Unterscheidung zwischen Cyberkriminellen, Aktivisten und staatlichen Akteuren sei kaum noch möglich. So würden auch Schweizer kritische Infrastrukturen von cyberkriminellen Gruppierungen angegriffen, die unter staatlicher Duldung operierten.

Besonders besorgniserregend sei die zunehmende Verknüpfung der digitalen und physischen Welt. Cyberangriffe zielten nicht mehr nur auf Datendiebstahl oder die Lahmlegung von Systemen, sondern auf die gezielte Veränderung ihres Verhaltens. Gerber verwies auf die Manipulation der Kühlung von Blutkonserven in einem französischen Labor. Bei vernetzten Energieversorgungssystemen könnten selbst private Endgeräte indirekt zum Einfallstor für Angriffe auf kritische Infrastrukturen werden.

Die Antwort darauf liege im militärischen Prinzip der Verteidigung in der Tiefe. Diese beginne bei der Sensibilisierung und Schulung der Bevölkerung. Entscheidend sei zudem die Fähigkeit, gegnerische Aktivitäten zu erkennen, bereits schwache Signale wahrzunehmen und Bedrohungen zu antizipieren. Gerade hier fehle es jedoch am Informationsaustausch zwischen Privatwirtschaft und Staat.

Angesichts des gegenwärtigen, staatlich geförderten technologischen Wettrüstens zog auch Gerber Parallelen zum Jahr 1936. Eine glaubwürdige Abschreckung setze tatsächliche Fähigkeiten voraus. Im Sinne der früheren Gesamtverteidigung brauche es deshalb eine leistungsfähige einheimische Industrie. Denn in Krisenzeiten schlössen sich die Grenzen und der

Handel werde erschwert: «Ça ne suffit plus de faire marcher la planche à billets. Il faut avoir des éléments de troc.»

Gerber vermisse in der Sicherheitspolitischen Strategie 2026 eine entsprechende Gewichtung der einheimischen Industrie. Ohne eigene industrielle Fähigkeiten drohe der Schweiz im Ernstfall eine fatale Abhängigkeit: «Le jour où notre armée aura besoin de son industrie, à ce moment-là, il faudra juste prier pour que les États amis ou voisins ou alliés nous aident.»

Kurzstellungnahme
Aude Pugin, CEO, APCO Technologies & Vizepräsidentin der Eidgenössische Kommission für Weltraumfragen (EKWF)

Aude Pugin rückte in ihrer Stellungnahme die strategische Bedeutung der Raumfahrt und deren Dualität – die zivile wie auch die militärische Nutzung – ins Zentrum. Die Schweizer Raumfahrtindustrie verfüge entlang der gesamten Wertschöpfungskette über Schlüsselkompetenzen, die wesentlich zur strategischen Autonomie des Landes beitrügen.

Die Raumfahrt sei längst zu einer kritischen Infrastruktur geworden: «Le spatial, c'est le chemin de fer du 21e siècle.» Wie einst die Eisenbahn Güter transportiert habe, transportiere die Raumfahrt heute Informationen, von denen Wirtschaft und Gesellschaft in hohem Masse abhängig seien. Eine Beeinträchtigung weltraumgestützter Dienste hätte weitreichende Folgen für Navigations-, Synchronisations- und Kommunikationssysteme. Auch für moderne Armeen seien Weltrauminfrastrukturen unverzichtbar – von satellitengestützter Aufklärung und strategischer Frühwarnung über sichere Kommunikation bis hin zu Führung und Zielerfassung.

Angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen gewinne die strategische Autonomie Europas an Bedeutung: «Les alliances d'hier ne sont plus celles de demain.» Auch der heute noch gewährleistete Zugang zum Weltraum über private amerikanische Anbieter wie SpaceX könne nicht länger als selbstverständlich betrachtet werden. Umso wichtiger sei die europäische Zusammenarbeit beim Aufbau eigener Weltraumkapazitäten – sowohl hinsichtlich eines autonomen Zugangs zum Weltraum als auch hinsichtlich souveräner Weltrauminfrastrukturen. Pugin verwies dabei auf Projekte wie die europäische Trägerrakete Ariane 6, das wiederverwendbare Raumflugzeug VORTEX oder das von der Schweiz initiierte und geleitete Konsortium ALPSTAR. Solche Kooperationsprojekte stärkten die strategische Autonomie der beteiligten Staaten und eröffneten zugleich der Schweizer Industrie die Möglichkeit, eine Schlüsselrolle einzunehmen.

Der Aufbau einer eigenständigen Weltrauminfrastruktur sei kostspielig, ambitioniert und technologisch anspruchsvoll. Er könne deshalb nur durch die Zusammenarbeit mit europäischen Partnerstaaten und unter massgeblicher Beteiligung der Industrie gelingen. Internationale Kooperation diene dabei gerade der eigenen strategischen Autonomie. Zugleich betonte Pugin den volkswirtschaftlichen Mehrwert solcher Investitionen: «Beaucoup de programmes de défense ont aussi permis de créer des capacités industrielles et économiques qui servent non seulement pour la défense du pays, mais aussi pour la prospérité de notre pays.»

Paneldiskussion

In der abschliessenden Paneldiskussion, moderiert durch Divisionär (lib) Claude Meier und Fredy Müller, Geschäftsführer des FORUM SICHERHEIT SCHWEIZ, diskutierten Divisionär Raynald Droz, Christoph Gerber und Aude Pugin zusammen mit Nationalrätin Isabelle Chappuis (Die Mitte, VD), Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SIK-N) sowie Präsidentin des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV), über die Voraussetzungen einer widerstandsfähigen und handlungsfähigen Schweiz und den Aufbau einer glaubwürdigen sicherheitspolitischen «Posture».

Isabelle Chappuis hob in ihrer politischen Einordnung der vorangegangenen Referate zunächst eine zentrale Erkenntnis hervor: Frieden sei nicht der natürliche Zustand der Geschichte, sondern fragil und schützenswert. Sicherheit dürfe nicht einfach an die Armee delegiert werden, sondern gehe alle an. Das Bewusstsein für die bestehenden Gefahren sei jedoch auch in den politischen Debatten in Bern noch zu wenig ausgeprägt. Während der Corona-Pandemie habe man viel über «Business Continuity» gesprochen. Heute müsse man vielmehr über die Kontinuität des Staates nachdenken. An die Stelle von «Just-in-Time» müsse eine Vorbereitung im Sinne von «Just-in-Case» treten.

Angesichts neuartiger Angriffsformen brauche es auch neue Verteidigungsansätze. Entscheidend sei dabei die «Situational Awareness», für welche die Raumfahrt eine wesentliche Rolle spiele. Chappuis kritisierte in diesem Zusammenhang den Entscheid des Bundesrats, aus Spargründen vorerst auf eine Teilnahme am europäischen Erdbeobachtungsprogramm Copernicus zu verzichten. Während dadurch 36 Millionen Franken eingespart würden, entgingen der Schweizer Wirtschaft gemäss Bundesrat 51 Millionen Franken.

<u>Stärkung der Verteidigungsfähigkeit</u>

Fredy Müller griff zunächst Divisionär Droz' Ausführungen zur gemeinsamen Verantwortung und zu eingespielten Schnittstellen zwischen den Sicherheitsakteuren auf. Befinde sich die Schweiz diesbezüglich auf dem richtigen Weg?

Droz betonte, dass die Armee ihre Fähigkeiten, aber auch ihre Grenzen sehr genau kenne. Es gehe heute nicht allein um die Stärkung der Armee, sondern um jene der Sicherheit insgesamt und damit um die Bündelung der Fähigkeiten sämtlicher Sicherheitsakteure. Als positives Beispiel nannte er die Vorbereitungen des Armeeeinsatzes «Colibri» im Rahmen des G7-Gipfels, bei denen die Armee gemeinsam mit den Kantonspolizeien von Genf, Waadt und Wallis mögliche Bedrohungsszenarien in einem «Wargame» durchgespielt habe. Entscheidend sei dabei der Aufbau gegenseitigen Vertrauens gewesen, aber auch die Bereitschaft, eigene Fähigkeitslücken offenzulegen und andere Partner um Unterstützung zu bitten. Die begrenzten Ressourcen zwängen die Sicherheitsakteure geradezu, ihre Fähigkeiten und Wirkungen zu bündeln.

Mit Blick auf die dramatischen Erfahrungen aus der Ukraine wollte Fredy Müller von Isabelle Chappuis, Präsidentin des Schweiz. Zivilschutzverbandes, wissen, wie gut der Zivilschutz und die

Rettungsdienste in der Schweiz aufgestellt sind. Isabelle Chappuis hielt fest, dass der Schweizer Zivilschutz seine Fähigkeiten bei der Bewältigung von Katastrophen, etwa in Blatten oder Crans-Montana, mehrfach unter Beweis gestellt habe. Für eine Kriegssituation sei er hingegen nicht vorbereitet. Anders als bei einer zeitlich begrenzten Katastrophe stehe dabei die langfristige Durchhaltefähigkeit im Vordergrund. Während in den 1990er-Jahren noch ein Bestand von über 500'000 Zivilschutzangehörigen angestrebt worden sei, verfüge man heute über kaum 50'000.

Auf Claude Meiers Frage nach konkreten Massnahmen zur Wiederherstellung der notwendigen Bestände verwies Chappuis auf bereits erfolgte Anpassungen des Zivilschutz- und Zivildienstgesetzes sowie die Arbeiten an einem neuen Dienstpflichtsystem. Der demokratische Prozess benötige allerdings Zeit, während sich die Krisen gleichzeitig beschleunigten.

Schutz kritischer Infrastrukturen und wirtschaftliche Resilienz

Meier lenkte die Diskussion anschliessend auf die Verwundbarkeit kritischer Infrastrukturen, insbesondere der Energieversorgung.

Aude Pugin erinnerte an die Folgen der Corona-Pandemie und des Ukrainekriegs für internationale Lieferketten und Rohstoffpreise. Die Pandemie habe das Ende der «On-Demand-Low-Cost»-Lieferketten eingeläutet. Resilienz und strategische Autonomie seien für die Industrie zu Schlüsselbegriffen geworden. Entscheidend sei die Frage, welche Güter und Ressourcen strategisch relevant seien und auf welche jederzeit zugegriffen werden müsse. Besondere Bedeutung komme dabei der Energieversorgung zu. Während die Renaissance der Kernenergie zunächst primär klimapolitisch begründet worden sei, stehe heute zunehmend die Frage ausreichender Energiekapazitäten im Vordergrund.

Gerber ergänzte, dass in zahlreichen Bereichen noch immer nach den Prinzipien der Friedenslogistik gearbeitet werde. Diese stosse in Krisensituationen jedoch rasch an ihre Grenzen. Gerade die gegenseitige Abhängigkeit von Digitalisierung und Energieversorgung schaffe erhebliche Verwundbarkeiten. Wie im Sport müsse auch die Krisenbewältigung regelmässig trainiert werden. Ein simulierter Stromausfall zeige rasch, wie handlungsfähig eine Organisation tatsächlich sei, wie lange ihre Treibstoffvorräte reichten und ob ihre Notstromaggregate funktionierten. Man verfüge heute über ein System, das bei schönem Wetter hervorragend funktioniere, sei aber noch zu wenig bereit, sich auf schwierige Situationen vorzubereiten und diese zu beüben.

Auf die Frage nach den entsprechenden Herausforderungen für die Armee verwies Droz zunächst auf fehlende Reserven, etwa bei Munition und Waffen. Diese müssten nun ausgerechnet zu einem Zeitpunkt wiederaufgebaut werden, zu dem die Nachfrage international besonders hoch sei und die Schweiz als Nichtmitglied der NATO bei der Beschaffung benachteiligt sei.

Auch beim Schutz kritischer Infrastrukturen bestehe eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Zahl der zu schützenden Objekte und den verfügbaren Kräften. Ein umfassender Schutz sei schlichtweg nicht möglich. Damit stelle sich bei jeder Planung eine zentrale Frage, die niemand

beantworten wolle: jene der Priorisierung. Während man sich lange vorwiegend mit Katastrophenszenarien beschäftigt habe, gelinge es mittlerweile jedoch, mit den verschiedenen Partnern auch über Verteidigungsszenarien zu diskutieren.

Meier sprach daraufhin die Verantwortung der Betreiber kritischer Infrastrukturen an. Droz schilderte die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit mit ausländischen Betreibern, die der Armee teilweise den Zugang zu ihren Sicherheitsplänen verweigerten. Gleichzeitig blieben selbst identifizierte Schwachstellen mitunter über Jahre bestehen. Die Verantwortung für den Schutz liege primär bei den Betreibern, letztlich handle es sich jedoch auch um eine gemeinsame Aufgabe. Die verfügbaren Mittel von Polizei und Armee reichten indes nicht aus, um sämtliche kritischen Infrastrukturen umfassend zu schützen.

Unter Bezugnahme auf Chappuis' Buch «Notre liberté de penser» sprach Müller anschliessend die digitalen Bedrohungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie an. Chappuis verwies auf eine grundlegende Lücke in der wirtschaftlichen Landesversorgung: Während der Bedarf an Energie in Kilowattstunden und jener an Nahrungsmitteln in Kilokalorien definiert werde, fehlten vergleichbare Kriterien für die digitale Versorgung. Die digitale Abhängigkeit vom Ausland sei besorgniserregend, zumal digitale Systeme nicht nur das Funktionieren der Gesellschaft, sondern auch die menschliche Wahrnehmung und das Denken beeinflussten. Kritisch beurteilte sie deshalb auch die Ausrichtung der Ausschreibung für die Swiss Government Cloud auf internationale Technologiekonzerne, obwohl entsprechende Kompetenzen auch in der Schweiz vorhanden seien.

Müller fragte Gerber, ob die Schweiz mit der Schaffung des Bundesamts für Cybersicherheit (BACS) und des Kommandos Cyber mittlerweile ausreichend aufgestellt sei. Gerber anerkannte die erheblichen Fortschritte der vergangenen Jahre. Es fehle jedoch noch an der «letzten Meile», insbesondere an den finanziellen und personellen Ressourcen zur operativen Umsetzung. Analog zur Pflichtlagerhaltung bei lebenswichtigen Gütern müsse auch über digitale Reserven nachgedacht werden, beispielsweise über vorzuhaltende Kapazitäten in Rechenzentren oder Reserven an Grafikprozessoren (GPUs).

Pugin ergänzte, dass neben den staatlichen Investitionen auch erhebliche Investitionen seitens der Unternehmen notwendig seien. Am Beispiel von APCO Technologies illustrierte sie, wie durch Informationssicherheitsstandards, regelmässige Penetrationstests, Phishing-Kampagnen und Schulungen eine entsprechende Sicherheitskultur innerhalb eines Unternehmens aufgebaut werden könne. Entscheidend sei dabei die stetige Wiederholung selbst vermeintlich selbstverständlicher Verhaltensregeln.

Auf Müllers Nachfrage zur Akzeptanz solcher Massnahmen bei den Mitarbeitenden hielt Pugin fest, dass die Cybersicherheit auch aufgrund der privaten Nutzung digitaler Technologien auf Verständnis stosse. Gleichzeitig warnte sie vor einer Überregulierung. Die Bewältigung neuer Herausforderungen beanspruche bereits erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen der Unternehmen. Regulierungen sollten deshalb auf dem Wissen entsprechender Fachleute beruhen.

Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz

Im dritten Themenblock stellte Meier die Frage nach dem Gefahrenbewusstsein innerhalb der Bevölkerung und deren Vorbereitung auf mögliche Krisen.

Chappuis verwies zunächst nochmal auf die zahlreichen Kleinstunternehmen, die über keinerlei Notfallpläne für Stromausfälle oder Cyberangriffe verfügten. Angesichts ihrer alltäglichen Herausforderungen sei dies zwar verständlich, aber dennoch problematisch: «Notre économie est une infrastructure critique.» Auch innerhalb der Bevölkerung sei das Verständnis für sicherheitspolitische Zusammenhänge sehr unterschiedlich ausgeprägt. Man befinde sich noch immer in einer Phase der Bewusstwerdung.

Droz erwähnte anschliessend die gesellschaftliche «Komfortzone», in der sich die Schweiz befindet. Die Bevölkerung habe sich an ein aussergewöhnlich hohes Qualitäts- und Versorgungsniveau gewöhnt. Bereits ein kurzer Stromausfall oder eine vorübergehende Einschränkung des gewohnten Komforts werde schnell als Skandal empfunden. In einer Krise gehe es jedoch zunächst darum, eine minimale Versorgung sicherzustellen: «Le minimum et pas le maximum.» Resilienz bedeute anschliessend, möglichst rasch zum ursprünglichen Niveau zurückzukehren. Ermutigend sei hingegen die Bereitschaft junger Armeeangehöriger, Verantwortung zu übernehmen und sich im Ernstfall auch persönlich Gefahren auszusetzen.

Müller griff abschliessend die Frage der individuellen Krisenvorsorge auf. Personen, die sich durch Notvorräte oder andere Vorkehrungen auf mögliche Krisen vorbereiteten, würden teilweise als «Prepper» belächelt.

Chappuis nahm Bezug auf einen Zeitungsartikel, indem sie als «Prepperin» der Nation bezeichnet worden zu sein. Es gehe ihr jedoch keineswegs um individuelle Überlebensstrategien von Einzelkämpfern, sondern um die gesellschaftliche Fähigkeit, eine oder zwei Wochen eigenständig durchzuhalten. Im Krisenfall benötigten auch die Sicherheitsorganisationen Zeit, um ihre Einsatzbereitschaft herzustellen. Eine vorbereitete Bevölkerung verschaffe Polizei, Zivilschutz und Armee diese Zeit. Ein Mindestmass an persönlicher Krisenvorsorge sei weder besonders teuer noch übertrieben, sondern Teil der Verantwortung jeder Bürgerin und jedes Bürgers.

Publikumsfragen

Anschliessend hatte das Publikum die Möglichkeit, Fragen an die Teilnehmenden zu richten. Dabei standen insbesondere die Weiterentwicklung der Gesamtverteidigung, der Umgang mit kognitiver Kriegsführung und die Sensibilisierung der Bevölkerung im Fokus.

Auf die Frage nach einer zeitgemässen Gesamtverteidigung erklärte Droz, dass die aktuelle Bedrohungslage trotz aller bestehenden Defizite auch eine Chance biete. Anders als vor dem Ukrainekrieg verfüge man heute über realitätsnahe Bedrohungsszenarien und entsprechende Argumente. Es gelte, die Zeit bis zur Verfügbarkeit neuer Mittel für die mentale und physische Vorbereitung zu nutzen: «Et avant, on prépare les têtes, les cœurs et les corps.»

Chappuis ergänzte, dass nicht nur die Armee, sondern die gesamte Gesellschaft vorbereitet werden müsse. Während verschiedene europäische, insbesondere nordische Länder ihre Bevölkerung bereits mittels Informationsbroschüren auf Krisen- und Kriegssituationen vorbereiteten, werde in der Schweiz seit Monaten über die Umsetzung einer solchen Broschüre diskutiert. Dabei gehe es nicht darum, Ängste zu schüren, sondern Verantwortung zu übernehmen und die Bevölkerung aufzuklären.

Im Zusammenhang mit der kognitiven Kriegsführung wies Chappuis insbesondere auf die gezielte Verbreitung von Falschinformationen und die Manipulation der menschlichen Wahrnehmung mittels sozialer Medien und künstlicher Intelligenz hin: «C'est une guerre invisible avec des armes invisibles et des victimes qui ne sont pas conscientes d'être des victimes.» Gerade die direkte Demokratie biete hierfür eine besonders grosse Angriffsfläche. Umso wichtiger sei die Vermittlung einer «Intellectual Self-Defense» – in Schulen, in der Armee und in Unternehmen.

Gerber ergänzte, dass die geopolitische Dimension des technologischen Wettlaufs um künstliche Intelligenz in der Bevölkerung noch kaum wahrgenommen werde. Während digitale Anwendungen wie ChatGPT längst zum Alltag gehörten, fehle das Bewusstsein dafür, mit welchen strategischen Zielsetzungen Grossmächte ihre Technologieindustrie förderten und eine Vormachtstellung im Bereich der künstlichen Intelligenz anstrebten. Gerber bezweifelte, dass die Bevölkerung auf die bevorstehenden Entwicklungen ausreichend vorbereitet sei. Analog zu den umfangreichen Präventionskampagnen im Gesundheitswesen brauche es deshalb auch im digitalen Bereich gezielte Sensibilisierungskampagnen.

Auf die Frage, wie die Bevölkerung stärker für die Notwendigkeit der Krisenvorsorge sensibilisiert werden könne, zeigte sich Pugin verhalten optimistisch. Das Glas sei nicht nur halb leer, sondern auch halb voll: Verteidigungsfragen stiessen sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft zunehmend auf Offenheit und Akzeptanz. Auch die Industrie müsse den Mut haben, ihren Beitrag zur Sicherheit und Verteidigung deutlicher sichtbar zu machen. Entscheidend sei, die Diskussion über Sicherheit aus dem Kreis der bereits Überzeugten hinauszutragen: «Nous devons toutes et tous avoir le courage de porter ces propos là où les gens sont un peu moins convaincus.»

Droz ergänzte, dass die zunehmende Polarisierung sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft einen konstruktiven Diskurs erschwere. Die Auseinandersetzung sei zunehmend davon geprägt, die Argumente der Gegenseite zu entkräften, statt sich ernsthaft mit ihnen auseinanderzusetzen. Es fehle an Differenzierung und an der Bereitschaft, anderen Standpunkten überhaupt Raum zu geben. Die Kurzsichtigkeit sei jedoch auch systembedingt: Wechselnde politische Verantwortlichkeiten führten dazu, dass grundlegende Fragen zur Ausrichtung und zum Zweck der Armee seit Jahrzehnten immer wieder von Neuem diskutiert würden. Erfreulich sei deshalb, dass seitens der Departementsleitung nun vermehrt konkrete Resultate statt weiterer konzeptioneller Dokumente eingefordert würden. Das bestehende System funktioniere zwar grundsätzlich, sei aber oft zu schwerfällig, um zeitgerecht auf eine Krise reagieren zu können.

Schlussrunde

Zum Abschluss der Paneldiskussion bat Claude Meier die vier Teilnehmenden um eine kurze Einschätzung, was ihnen angesichts der aktuellen Sicherheitslage am meisten Sorgen bereite und was sie dennoch optimistisch stimme.

Droz zeigte sich besorgt über den Vertrauensverlust, den verschiedene Sicherheitsinstitutionen, darunter auch die Armee, erlitten hätten. Man dürfe jedoch nicht vergessen: «L'armée, c'est d'abord la population, c'est d'abord la milice, c'est d'abord ces jeunes femmes et ces jeunes hommes qui s'engagent.» Gerade der Austausch mit jungen Armeeangehörigen stimme ihn zuversichtlich. Er erkenne bei ihnen ein wachsendes Verständnis für die sicherheitspolitische Lage und den Willen, einen eigenen Beitrag zur Sicherheit des Landes zu leisten.

Gerber hob das funktionierende Bildungssystem über soziale und politische Grenzen hinweg sowie den ausgeprägten Bürgersinn als besondere Stärken der Schweiz hervor. Umso mehr bereite ihm Sorgen, dass man sich hierzulande bisweilen geradezu dafür schäme, diesen Bürgersinn zum Ausdruck zu bringen, statt ihn als Stärke des eigenen Landes anzuerkennen.

Pugin bereite insbesondere die Gefahr Sorgen, von einer Krise unvorbereitet getroffen zu werden. Zuversichtlich stimmten sie hingegen die technologischen, industriellen und gesellschaftlichen Fähigkeiten der Schweiz, rasch auf Krisen zu reagieren. Die eigene Erfahrung mit der Hochwassergefahr an der Rhône habe ihr gezeigt, welche Kräfte und Ressourcen angesichts einer unmittelbar wahrnehmbaren Bedrohung mobilisiert werden könnten. Umso entscheidender sei es, das Bewusstsein für bestehende Risiken frühzeitig zu stärken.

Chappuis warnte vor der verbreiteten Vorstellung, die Zukunft sei lediglich eine lineare Fortsetzung der Gegenwart. Man müsse auch grundlegende technologische, gesellschaftliche und sicherheitspolitische Umbrüche in Betracht ziehen. Hoffnung gebe ihr hingegen das wieder zunehmende Bedürfnis nach Zugehörigkeit. «Les réseaux sociaux n'ont de social que le nom.» Nach einer regelrechten «Pandemie der Einsamkeit» erkenne sie wieder eine wachsende Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement – eine Entwicklung, die auch der Sicherheit des Landes zugutekomme.

Claude Meier griff zum Abschluss nochmals das umfassende Verständnis von Sicherheitspolitik auf. Im Zentrum stehe die Wahrung der Handlungsfähigkeit, um im Krisenfall nicht nur reagieren, sondern auch aktiv handeln zu können. Dies setze das Zusammenspiel sämtlicher sicherheitsrelevanter Politikbereiche und Instrumente voraus.

Ein zentrales Element werde jedoch in der sicherheitspolitischen Diskussion und auch in der Sicherheitspolitischen Strategie 2026 noch zu wenig berücksichtigt: der Mensch beziehungsweise die Bevölkerung. Meier appellierte deshalb an die Teilnehmenden, die sicherheitspolitische Diskussion auch in ihr persönliches Umfeld zu tragen. Denn letztlich gelte: «C'est ensemble qu'on y arrivera et pas autrement.»